EINGEGANGEN

0 7. Feb. 2017

Adliswil, 2. Februar 2017

Erl.....

INTERPELLATION von Marietta Werder (FDP) und Mario Senn (FDP)

betreffend Finanzielle Situation Kinderhaus Werd

In der Sitzung vom 6. Dezember 2016 informierte der Stadtrat über die Tariferhöhung im von der Stadt Adliswil geführten Kinderhaus Werd. Per 1. Januar 2017 wurden die Tarife für das Kinderhaus Werd um CHF 8 (Babygruppe) bzw. CHF 10 (altersgemischt Gruppe) erhöht. Die Tarife für Auswärtige wurden ebenfalls erhöht (CHF 2 in der Babygruppe und CHF 7 in der altersgemischten Gruppe). Dies unter anderem deshalb, weil im zweiten Jahr in Folge rote Zahlen geschrieben wurden. Das schlechte Jahresergebnis ist sehr bedauerlich und gleichzeitig auch etwas verwunderlich. Viele der privat betriebenen Kinderbetreuungseinrichtungen kämpfen nicht – zumindest nicht sichtbar - mit finanziellen Schwierigkeiten. Denn als privater Anbieter kann man es sich auch kaum leisten, zwei Jahre lang Verluste zu schreiben, ohne schliessen zu müssen. Die Tarifanpassung ist Anlass die Krippensituation und deren aktuelle Rahmenbedingungen und Pläne des Stadtrates in diesem Zusammenhang zu beleuchten. Wir bitten daher den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Fragen zum Defizit

- 1.1. Wie ist die Aussage, der Jahresabschluss des Kinderhauses Wird sei in den letzten zwei Jahren negativ ausgefallen, zu verstehen? Entsteht aus dem operativen Betrieb des Kinderhauses ein Defizit, das durch Subventionen (für einkommensschwache Eltern) der Stadt gedeckt wird oder ist das Kinderhaus selbst mit den städtischen Subventionen defizitär und braucht es somit zusätzliche finanzielle Mittel von der Stadt?
- 1.2. Welches sind die Gründe, welche 2015 und 2016 zu einem Defizit geführt haben?
- 1.3. Welche Massnahmen (abgesehen von Tarifanpassungen per 1. Januar 2017) wurden in diesen zwei Jahren unternommen, um das drohende Defizit abzuwenden?

2. Fragen zu möglichen Ursachen

- 2.1. Wenn das Defizit unter anderem aus einer zu tiefen Auslastung resultiert, wie erwartet der Stadtrat eine höhere Auslastung, wenn das Kinderhaus Werd im Vergleich zu privaten Krippen für Vollzahler im Durchschnitt teurer ist (vor allem in der Babygruppe)?
- 2.2. Falls das Defizit entstanden ist, weil zu wenig vollzahlende/nicht-subventionierte Eltern ihre Kinder ins Kinderhaus schicken: Wie stellt der Stadtrat eine gute Durchmischung der subventionierten und vollzahlenden Familien im Kinderhaus Werd sicher, damit das Kinderhaus Werd nicht ausschliesslich für Familien attraktiv ist, welche Unterstützung benötigen? Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass Betreuungsgutscheine zu einer besseren Durchmischung aller Krippen führen würden?

3. Fragen zu weiteren möglichen Anpassungen beim Tarifsystem

- 3.1. Plant der Stadtrat nach der Erhöhung der Tarife weitere Änderungen am Tarifsystem im Kinderhaus Werd, wie beispielsweise die Anpassung der Lohngrenze, bis zu welcher eine Familie Subventionen erhält?
- 3.2. Falls ja, wann ist damit zu rechnen? Werden diese Änderungen bei einer Annahme der Teilrevision Gemeindeordnung Vorlage 4 am 12. Februar 2017 gestützt auf den neuen Art. 46 Bst. a) Ziff. 2 dem Grossen Gemeinderat vorgelegt?
- 3.3. In der Ratssitzung vom 5. Februar 2014 stellte Stadtrat Günthardt bei der Beantwortung der Interpellation "Neuerungen Kinderbetreuung" von Mario Senn und Simone Huber in Aussicht, die zu Subventionen berechtigte Einkommensobergrenze (damals CHF 150'600) nach unten anzupassen, die Taxordnungen der vorschulischen und schulischen Betreuung zu vereinheitlichen und zu prüfen, inwiefern bei der Subventi-

onsbemessung das Erwerbspensum berücksichtigt werden soll. Wie weit ist der Stadtrat bei der Umsetzung dieser angekündigten Massnahmen?

4. Fragen zu den Rahmenbedingungen

- 4.1. Am 12. September 2016 wurde das Postulat 282/2016 "Krippen stärken statt schwächen" im Kantonsrat eingereicht. Teilt der Stadtrat die Kritik an den Krippenrichtlinien des erwähnten Postulats, da sie zu einer zusätzlichen und unnötigen Verteuerung und entsprechendem Subventionsdruck führen?
- 4.2. Plant der Stadtrat, wie vom Bundesamt für Sozialversicherungen am 29. Juni 2016 den Gemeinden (und Kantonen) empfohlen, zu überprüfen wie die allgemeinen Krippenvorschriften optimiert und vereinfachen werden können, um so Schwierigkeiten in der Praxis zu vermeiden und die Betriebskosten zu senken?

Marietta Werder

Gemeinderätin FDP

Mario Senn

Gemeinderat FDP